

WO STEHT DIE STADT ZÜRICH HEUTE?

Das Erfreuliche:

Der Stadt Zürich geht es gut.

Sie ist in einem guten Zustand, sowohl was die objektiven Zahlen betrifft als auch im Empfinden der Bevölkerung. Verschiedene in letzter Zeit gemachte Studien attestieren Zürich eine hervorragende Lebensqualität. Unsere Stadt hält ihren Einwohnerinnen und Einwohnern im Arbeits- und Freizeitbereich ein reichhaltiges Angebot bereit. Und ist auch für Firmen ein attraktiver Standort.

Die Stadt Zürich ist handlungsfähig.

Sie hat – im Gegensatz zu Bund und Kanton – die Bilanzdefizite aus den 90er Jahren abgetragen und wieder kleine Reserven als Eigenkapital gebildet. Sie muss bei den Ausgaben zwar nach wie vor jeden Franken zweimal umdrehen. Aber es reicht wieder für Investitionen in die Zukunft, und nicht mehr nur um die nötigsten Löcher zu stopfen. Die Finanzlage ist also nicht länger der alles bestimmende und limitierende Faktor.

In den letzten vier Jahren hat die Stadt neue Schulhäuser und Alterswohnungen gebaut und in neue Infrastrukturen wie das Hallenstadion oder die Pärke in Zürich-Nord investiert. Die beiden Stadien sind finanziell gesichert. Die Stadt fördert den Wohnungsbau, baut selber sowohl neue günstige Wohnungen als auch solche für besser Verdienende, und vergibt Land im Baurecht für gemeinnützige Bauträger. Sie versucht im Langstrassenviertel durch den Aufkauf von Liegenschaften das Milieu einzudämmen. Und die Stadt ist willens und fähig, nötige Investitionen für die zwei neuen Stadtviertel in Zürich-Nord und Zürich-West zu tätigen.

Kurz gesagt: Statt die knappe Finanzsituation entscheiden die Einsicht oder der politische Wille über Investitionen und die Zukunft der Stadt.

Die politische Grosswetterlage ist günstig.

Ein initiativer Stadtrat findet für seine Vorlagen im Gemeinderat so gut wie bei den Volksabstimmungen fast immer eine Mehrheit. Selbst dann, wenn wie etwa bei der Filmförderung, dem Verkehrsplan oder der Kinderbetreuung neben der SVP auch die Freisinnigen dagegen gewesen sind.

Die SP der Stadt Zürich trug zu diesem erfreulichen Zustand redlich bei. Als mit Abstand stärkste Partei im Stadt- und Gemeinderat bildete sie mit ihren Vertreterinnen und Vertretern sozusagen das Fundament dieser zupackenden und opti-

Die Erfolge: Die Stadt Zürich befindet sich in einem guten Zustand. Sie ist handlungsfähig und investiert in Infrastruktur und Institutionen. Zürich bietet eine ausserordentlich hohe Lebensqualität und ist sowohl für Einwohnerinnen und Einwohner als auch für Firmen ein attraktiver Lebens-, Arbeits- und Standort.

mistischen Politik. Fast immer konnte sie sich in den Abstimmungen dank persönlichem Einsatz und Spenden durchsetzen – und war auch bei kantonalen und eidgenössischen Vorlagen ein verlässlicher Partner für fortschrittliche, soziale und weltoffene Lösungen. Die SP zeigte sich ebenfalls willens und fähig, von Fall zu Fall mit Partnern Allianzen einzugehen und so im Gemeinderat und in Volksabstimmungen Mehrheiten zu erzielen; sie anerkennt ganz ausdrücklich die Verdienste der Partner (etwa die der Grünen bei der Kinderbetreuung, die der CVP beim Verkehrsplan, dem Limmatquai oder dem autofreien Münsterhof sowie bei etlichen Sozialvorlagen oder schliesslich die der FDP im Schulbereich). Trotzdem nimmt die SP ganz unbescheiden für sich in Anspruch, entscheidenden Einfluss auf die gute Verfassung der Stadt ausgeübt zu haben. Wer für die nächsten vier Jahre weiter auf eine erfolgreiche, zupackende Politik in Zürich setzt, wählt darum am besten Vertreterinnen und Vertreter der SP in den Stadt- und Gemeinderat.

Typisch SP, Liste 1:



Peter Stähli Barth, Präsident des 125-köpfigen Gemeinderats:

«Der Messe-Neubau und die Renovation des Hallenstadions sind gut gelöste Herausforderungen, die ich politisch mitgestaltet habe. Diese erfolgreiche Arbeit will ich fortsetzen.»

Das weniger Erfreuliche:

Die Beschäftigungslage.

Sie ist auch in der Stadt Zürich nicht rosig. Das Gravierendste: Die Schere zwischen Reich und Arm, zwischen Gutbeschäftigten und Ganz- oder Teilerwerbslosen öffnet sich weiter. Und obwohl gerade die grossen Unternehmen hohe Gewinne erzielen (und auch im weltweiten Vergleich teils horrende Spitzensaläre entrichten), nimmt die Anzahl der Arbeitsplätze nicht zu. Rund 10 Prozent der Zürcher Einwohnerinnen und Einwohner leben derzeit von Arbeitslosengeldern oder von der Fürsorge; weitere gut 10 Prozent können sich knapp über Wasser halten, obwohl sie voll arbeiten. Hier braucht es dringend Korrekturen. Besonders in Anbetracht der Tatsache, dass gerade Jugendliche von der Erwerbslosigkeit stark betroffen sind und nicht alle eine Ausbildungsmöglichkeit finden. Hier sind nicht nur weitere städtische Anstrengungen notwendig, sondern es muss auch die Wirtschaft konsequenter in die Verantwortung genommen werden.

Die politische Situation im Kanton.

Ausgesprochen keine Freude macht die Entwicklung im Kanton. Seine missliche Finanzsituation führt dazu, dass er dringend Nötiges (vor allem in den Bereichen Umwelt und Verkehr sowie Erziehung und Bildung) auf die lange Bank schiebt. Und mit seinen wirren Sparaktionen sät er oft mehr Unsicherheit, als dass er damit effektiv Geld einspart.

Noch fast unerfreulicher als diese Entwicklung ist die politische Zerstrittenheit des Kantons. Die bürgerlich dominierte Regierung und die bürgerliche Kantonsratsmehrheit finden nur selten einen Konsens. Der Kanton ist für die Stadt derzeit ein ausgesprochen unzuverlässiger Partner. Er gleicht damit teilweise dem Bund, der bei aller Berechtigung zur Sanierung der Finanzen vergisst, dass ein Grossteil seiner Leistungen im Sinne des Service public notwendig ist. Wenn aber ein öffentliches Werk den «Service» nicht mehr oder nur noch lausig erbringt, verliert es seinen Zweck und muss sich nicht wundern, dass es grundsätzlich hinterfragt wird. Service public bedeutet nicht, dass die Betriebsform unwandelbar ist. Sondern lediglich, dass die Öffentlichkeit die Auftraggeberin ist und damit das Recht und die Pflicht zur Kontrolle und auch zu Konsequenzen hat.

Die Entwicklung in einzelnen Quartieren.

Sie bereitet in verschiedenen Gebieten der Stadt Sorgen, z.B. in Schwamendingen und Seebach, vor allem was etwa die Verkehrssituation, die Zusammensetzung der Bevölkerung oder den baulichen Zustand öffentlicher Gebäude und Anlagen angeht. An einigen Orten sind bereits einzelne aufwertende Massnahmen getroffen worden, die jedoch noch nicht ausreichen: Seitens der Stadt braucht es ein gezieltes Vorgehen, wie es in den letzten Jahren mit Erfolg im Langstrassenquartier praktiziert wurde.

Typisch SP, Liste 1:



Gretta Fenner, Gemeinderatskandidatin:

«Die Gleichstellung von Mann und Frau ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Wirtschaftliche und soziale Hürden verhindern nur allzu oft, Familie und Berufstätigkeit miteinander zu kombinieren. Un dies zu ändern, fordern wir mehr Krippenplätze und flexible Stellenangebote.»

ÜBER GRUNDAUFGABEN UND HANDLUNGSBEDARF.

Die folgenden Ausführungen zeigen, in welchen Bereichen die SP der Stadt Zürich für die kommenden vier Jahre den grössten Handlungsbedarf sieht und Schwerpunkte setzt. Das bedeutet ganz explizit nicht, dass die ausführlicher behandelten Themen auch die wichtigsten sind. Schule und Gesundheit etwa verlieren in der nächsten Zeit keineswegs an Bedeutung. Aber hier wie auch bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung wurden in den letzten Jahren die Weichen richtig gestellt; jetzt geht es um die ganz konkrete Umsetzung von klaren Beschlüssen.

Der Aufzählung des Handlungsbedarfs in den einzelnen Bereichen seien zwei kurze Kapitel über unerlässliche Grundaufgaben bei den Finanzen und der polizeilichen Sicherheit vorangestellt.

Unerlässliche Grundaufgaben im Finanzbereich.

Eine Rechnung, die auf die Dauer aufgeht, gehört zu den Voraussetzungen einer handlungsfähigen Gemeinde. Die Stadt Zürich ist in dieser angenehmen Situation: Sie hat einen jährlichen Spielraum zur freien Verfügung, sie kann die steigenden

Die Erfolge: Schuldenabbau und Bildung von Eigenkapital (von minus 1,5 Mia. auf plus 400 Mio. Franken), konstanter Steuerfuss und konstante Investitionspolitik (Hallenstadion, Fussballstadion und Leichtathletik- und Eventstadion Letzigrund), Abwehr des eidg. Steuerpakets, verlässliche Personalpolitik (zurzeit sind alle Stellen im Gesundheitswesen besetzt), Wohnbauförderung.

Sozialkosten verkraften, sie kann die nötigen Investitionen tätigen und sie muss mit dem Personal nicht über den Teuerungsausgleich streiten. Was sie politisch als Notwendigkeit erachtet, kann sie auch finanzieren.

Dabei ist die Stadt mit ihren Mitteln durchaus sparsam umgegangen. Sie beherrscht ihre Finanzen, und wird nicht von ihnen beherrscht. Ein Grund dafür ist die Vernunft von Stadt- und Gemeinderat. Beide schlagen ihre politischen Schlachten nicht in erster Linie um die Höhe des Steuerfusses. Er ist nun seit einigen Jahren konstant, und ausser der SVP sieht niemand einen wirklichen Anlass, ihn zu ändern. Der Ehrgeiz der Stadt besteht nicht darin, den tiefsten Steuerfuss, sondern die besten Leistungen für jeden bezahlten Steuerfranken zu bieten.

Unerlässliche Grundaufgaben im Sicherheitsbereich.

Die SP legt Wert darauf, dass «Sicherheit» nur im umfassenden Sinn verstanden werden kann: Existentielle Sicherheit bedeutet zuallererst soziale Sicherheit, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden muss und ihr Stabilität verleiht. Darüber hinaus bedeutet «Sicherheit» auch die integrale Sicherheit jedes einzelnen Individuums und die kollektive Sicherheit der gesamten Bevölkerung.

Die SP tut sich mit der Sicherheit, die durch polizeiliches Handeln gewährleistet werden soll, traditionellerweise schwer. Sie verkennt aber nicht, dass die Polizei eine

zuverlässige Partnerin geworden ist, etwa in einem beachtlichen Teil der Quartierarbeit, bei runden Tischen oder durch Kriseninterventionsgruppen bei Problemen mit Jugendlichen.

Die SP ist überzeugt, dass die Polizei in der Stadt Zürich autonome Handlungsfähigkeit braucht und nicht am Gängelband des Kantons geführt werden kann. Sie hat sich darum für eine Stadtpolizei eingesetzt, die über alle Kompetenzen verfügt, um im urbanen Zürich wirkungsvoll Verbrechen bekämpfen zu können. Damit verschliesst die SP keineswegs die Augen davor, dass der Bankenplatz Zürich auch «idealer» Umschlagplatz für Schwarzgelder in grossem Umfang ist. Und dass die Bekämpfung der organisierten und der Wirtschaftskriminalität nicht an territoriale Grenzen gebunden sein darf, sie folglich auf Bundesebene angesiedelt und gemeinsam mit anderen Staaten vorangetrieben werden muss.

Damit die Stadtpolizei wirkungsvoll und im Sinne der Gesellschaft tätig sein kann, setzt sich die SP dafür ein,

- dass alle Stadtkreise – auch die neuen Stadtteile – über ein gutes Sicherheitsnetz verfügen: Die Polizei muss schnell vor Ort und rund um die Uhr handlungsfähig sein.

Typisch SP, Liste 1:



Beatrice Reimann, Gemeinderätin:

«Sicherheit bedeutet nicht nur soziale Sicherung. Eine gut funktionierende Polizei ist äusserst wichtig. Ihr Auftrag ist es, dafür zu sorgen, dass keine rechtsfreien Räume entstehen. Repression allein führt aber nicht zu nachhaltigem Erfolg. Deshalb befürworte ich weiterhin das Vorgehen von «Langstrasse PLUS».»

- dass die Polizei genügend Personalbestand hat, um ihren Service public zu garantieren, wozu es eher einen leichten Auf- als Abbau braucht. Eine multikulturelle und durchmischte Zusammensetzung des Korps erleichtert die Akzeptanz in allen Bevölkerungsschichten. Die Durchsetzung von Sicherheit ist keine Frage des Schweizer Passes, sondern geht alle EinwohnerInnen der Stadt etwas an.
- dass die Bürgernähe und die vernetzte Zusammenarbeit mit allen Beteiligten noch weiter entwickelt werden.
- dass die parlamentarische Kontrolle der Polizei sich nicht auf die alljährliche Nachdebatte zum 1. Mai beschränkt, sondern auch die sorgfältige Überwachung des Datenschutzes umfasst.
- dass Drogenpolitik nicht Bestrafung von Drogenkonsum heisst. Die Lösung sind andere Gesetze (z.B. Hanfinitiative) und nicht das konstante Wegschauen der Polizei.
- dass Polizeiübergriffe rasch und wirkungsvoll geahndet werden.

Für die SP kommt ein Wegweisungsartikel, wie ihn der Kanton im Entwurf des Polizeigesetzes vorsieht, nicht in Frage: Die Qualität einer Stadt zeigt sich nicht zuletzt an ihrem Umgang mit jenen, die nicht perfekt ins Stadtbild passen! «Zero Tolerance» ist Teil einer Kultur, die aus- und wegschliesst, wogegen sich die SP immer für eine tolerante und offene Gesellschaft eingesetzt.

Die Erfolge: Polizeiorganisationsgesetz (Stärkung/-Autonomie der Stadtpolizei), Langstrasse PLUS (inkl. SIP), Aufwertung Bäckeranlage, Volksinitiative «Langstrasseninitiative», Zusammenführung von Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz und Feuerpolizei in «Schutz & Rettung».

WO BESTEHT WELCHER HANDLUNGSBEDARF?

IM BEREICH WIRTSCHAFT.

Der Wirtschaftsstandort Zürich.

Unsere Stadt ist – auch ohne abenteuerliche Steuerfussreduktion, aber mit ihrer verlässlichen und konstanten Finanzpolitik – als Wirtschaftsstandort für Banken, Versicherungen und Hauptsitz multinationaler Firmen interessant. Obwohl nicht eben ein wirtschaftlicher Boom herrscht, brillierten 2004 die für die Wertschöpfung zentralen Banken und Finanzgesellschaften mit den höchsten Gewinnen aller Zeiten. Auch wenn konstantere Gewinne wünschenswert wären und die SP weitere Massnahmen gegen Missbräuche im Bankenwesen fordert: Von einem starken Bankenplatz profitiert die Stadt mehrfach. Zunächst direkt durch die juristischen Steuern und durch die Boni, die sich auf die natürlichen Steuern auswirken. Das schafft Mehrwert und langfristig hoffentlich auch mehr Arbeitsplätze in Zürich. Indirekt bringt es weiteren Firmen Aufträge und für Kultur- und Sportanlässe Sponsorenbeiträge.

Ein funktionierender Flughafen ist für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Zürich unerlässlich. Ein solcher Flughafen setzt indes voraus, dass ihn die vom Lärm betroffene Bevölkerung auch akzeptiert. Solange der Süden (in Zürich also vor allem Schwamendingen) täglich am frühen Morgen so tief überflogen wird, kommt diese Akzeptanz nicht zustande, und solange wehrt sich die SP der Stadt Zürich gegen jegliche Südanflüge. Der gekröpfte Nordanflug ist zwar eine Alternative, ersetzt aber nicht das Gespräch mit den Betroffenen in allen Himmelsrichtungen. Zur Akzeptanz gehört nicht zuletzt auch die Plafonierung der Flugbewegungen.

Lebensqualität als Standortvorteil.

Die SP wird in ihrer Politik weiterhin auf die wirklichen Stärken des Wirtschaftsstandortes Zürich setzen: Auf die dichten und funktionierenden Infrastrukturen, auf die gute Bildung (hierzu gehört unser klares Ja zur «Science City»), auf die Internationalität der EinwohnerInnen, auf die soziale Stabilität, auf die Förderung der

Gleichberechtigung, auf die vielfältige Kultur und auf die Landschaft, die es noch mehr zu schützen und weniger zu verbrauchen gilt. Im Wissen darum, dass diese Kriterien bei der Standortwahl entscheidend sein können, da selbst kühl rechnende Banker (oder zumindest ihre Familien und Angestellten) die Freizeit gern in einer intakten und anregenden Umgebung verbringen. Kurz: Die SP setzt auf Lebensqualität.

Typisch SP, Liste 1:



Eva Maria Würth, Gemeinderatskandidatin:

«Ich setze mich für eine ökologische und lebensfreundliche Stadtentwicklung ein. Dazu braucht es mehr öffentlichen Raum, auch für die Subkultur.»

Ansiedlung von Grossbetrieben: Kein Nehmen ohne Geben.

Die Stadtverwaltung soll Firmen weiterhin beratend und helfend beim Erlangen von Bewilligungen, Suchen von Büroräumlichkeiten etc. zur Seite stehen. Dafür erwartet die SP, dass diese Betriebe ihren Anteil ans Allgemeinwohl leisten. Sei es durch korrekte Versteuerung der Gewinne, oder sei es, noch besser, durch Erhalt oder Schaffung von Arbeitsplätzen. Wer Milliardengewinne macht, muss in der Computerabteilung ja nicht unbedingt BuchhalterInnen ohne Funktion beschäftigen. Aber er sollte sich trotzdem überlegen, ob es für diese nicht eine andere und bessere Verwendung gäbe, statt sie frühzeitig zu pensionieren. Eine Grossfirma muss auch durch das Angebot von genügend Lehrstellen ihren Beitrag zur Zukunft leisten. Ohne dieses dringend nötige Plus an Lehrstellen ist die Stadt gezwungen, selber Lehrstellen und teure Ausbildungsschulen anzubieten. Denn eine Stadt mit Zukunft kann es sich nicht leisten, auf die Ausbildung eines Teils der Jugendlichen zu verzichten.

Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die SP setzt sich entschieden für die vermehrte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ein. Sie stellen einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor dar und tragen zudem zur Lebendigkeit des städtischen Alltags in den Quartieren bei. Zwei Merkmale von KMUs sind aus unserer Sicht speziell hervorzuheben: Geniestreiche in der Forschung oder grundlegend neue Produkte entstehen oft in kleinen und kleinsten Betrieben. Solche Innovationen braucht die Stadt! Klein- und Mittelbetriebe beschäftigen aber umgekehrt auch viele Leute ohne Fachausbildung. Ihnen nutzt Arbeit entschieden mehr als noch so gut ausgebaute Sozialwerke. Besondere Chancen bietet die Selbständigkeit für MigrantInnen, haben sie doch

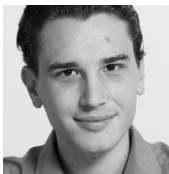
Die Erfolge: Verlässliche Finanzpolitik (konstanter Steuerfuss), aktive Investitionspolitik (Projektierung von Science City und Kongresshaus), Wirtschaftsförderung (z.B. Google).

dazu ein sehr viel unverkrampfteres Verhältnis als die Einheimischen. Die Bereitschaft, solche Kleinstbetriebe zu fördern, ist darum auch ein Beitrag zur Integration.

Angebote und Ansprüche an städtisch geförderte Betriebe.

Wer Unterstützung erhalten oder sich selbständig machen will, muss – um dies unverblümt auszudrücken – seinen Hintern selber bewegen. Die SP setzt sich allerdings vehement dafür ein, dass die Stadt kleine Betriebe darin unterstützt, zu günstigem Startkapital zu kommen (das wirklich Risikokapital sein darf). Sie steht aber auch dazu, dass die Vergabe von Krediten von sozialen Kriterien abhängig gemacht werden darf: Etwa, ob ein Betrieb die Gleichstellung praktiziert oder sich um die Lehrlingsausbildung (auch im Verbund mit anderen Kleinfirmen) kümmert. Die Stadt soll kleine und kleinste Betriebe unterstützen, indem sie z.B. günstige Arbeitsräume zur Verfügung stellt und bei der Migrations- und Sozialversicherungsbürokratie für Entlastung sorgt. Vor allem bei der Anstellung von Personen mit wenigen Stellenprozenten (z.B. auch Reinigungspersonal bei Privatpersonen) oder für kurzfristige Einsätze muss sich die Stadt beim Bund energisch für ein rasches Entwickeln eines All-in-One-Sozialversicherungspaketes einsetzen und/oder eine städtische Stelle schaffen, die sich dieser Problematik annimmt. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Privaten durchaus erwünscht (Schaffung einer entsprechenden Internetplattform, welche die Formularbürokratie zusammenfasst; Abgabe von Gutscheinen für die Erledigung durch anerkannte Treuhandfirmen oder Erledigung durch städtische Angestellte). Damit ist nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitssuchenden, dem Steueramt und den Sozialversicherungen geholfen.

Typisch SP, Liste 1:



Florian Utz, Gemeinderatskandidat:

«Nur eine finanziell gesunde Stadt kann auf Dauer eine soziale Stadt sein, denn eine Defizitwirtschaft führt über kurz oder lang zu massivem Sozialabbau. Deshalb müssen wir in Zürich bei unserem klaren Kurs der finanzpolitischen Verantwortung bleiben. Milliardendefizite, wie sie die FDP/SVP-Mehrheit in Bundesbern produziert, darf es in Zürich nicht geben.»

IM BEREICH KULTUR.

Kultur in all ihren Formen ist ein unerlässlicher Teil einer lebenswerten Stadt. Kultur ist kein Luxus, den man sich leistet, wenn man gerade mal genügend Geld oder Freizeit hat, sondern so notwendig wie das tägliche Brot. Ohne Kultur ist ein gesellschaftliches Zusammenleben nicht möglich. Was würden die Menschen beispielsweise ohne den Film machen, der sich gerade in Zürich erfreulich vielfältig entwickelt?

Kultur ist zudem ein immer bedeutenderer Wirtschaftsfaktor. Von ihr leben nicht nur KünstlerInnen, sondern auch JournalistInnen, TechnikerInnen und die Gastronomie. Die SP wird sich ausser für den Erhalt und den Ausbau der Kultur (dazu gehört als Pioniertat ein lebendiges Migrationsmuseum) auch für ein Kongresszentrum, das Landesmuseum, für den Tourismus und für Sportveranstaltungen und andere Events einsetzen. In Zürich gibt es viele, die etwas organisieren können. Diese Stärke wollen wir für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt nutzen.

Die Erfolge: Investitionen in kulturelle Institutionen (Dada-Haus, Erweiterung Museum Rietberg, Kunsthaus, Zürcher Filmstiftung), Schauspielhaus, Investitionen in bzw. Förderung von quartierbezogenen Kultureinrichtungen (Rigiblick, Nordpol).

Typisch SP, Liste 1:



Judith Bucher, Gemeinderätin und SP-Fraktionspräsidentin:

«Ich setze mich für eine städtische Investitionspolitik ein, denn unsere Infrastruktur, die Wohn- und Bildungsqualität, aber auch unser soziales Netz sind Grundvoraussetzungen für eine positive Zukunft.»

IM SOZIALEN BEREICH.

Das Sozialversicherungsnetz als Basis.

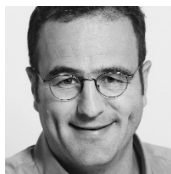
Ein tragfähiges, finanziell gesichertes Sozialversicherungsnetz ist für die SP eine Selbstverständlichkeit, die aber immer wieder eingefordert werden muss. So sind z.B. Ergänzungsleistungen für SeniorInnen und IV-BezügerInnen für uns unverzichtbar. Die Initiative «Chance für Kinder» zur Ausdehnung der Ergänzungsleistungen auf Familien (und natürlich auch Alleinerziehende) mit Kindern findet die Stadtpartei eine der allerdringlichsten Forderungen im Sozialbereich.

Die anhaltende Notwendigkeit von Sozialhilfe.

Gegen 10 Prozent der zumindest teilweise erwerbsfähigen EinwohnerInnen Zürichs leben entweder von der Arbeitslosenkasse oder von der Sozialhilfe. Als Übergangslösung wäre beides kein Problem, für den Notfall sind Versicherungen schliesslich da. Ernst wird der Fall aber dann, wenn immer mehr Erwerbslose keine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt mehr finden, und wenn immer mehr (zum Glück längst nicht alle) SozialhilfeempfängerInnen jahrelang bei der Sozialhilfe bleiben.

Die Sozialhilfekarrieren nehmen zu: Kinder von Eltern, die von der Sozialhilfe leben, landen nach der Schule selber fast übergangslos in der Sozialhilfe. Diese Entwicklung kostet die Stadt rund 100 Millionen Franken pro Jahr. Geld, das wir zwar gerne anders ausgaben, das die Stadt aber, wie sie in den letzten Jahren bewies, durchaus erwirtschaften kann. Gravierender als die 100 Millionen sind die rund 20 000 Menschen, die sich am Rande der Gesellschaft keineswegs wohl fühlen. 20 000 Menschen, die auf die Dauer keine Chance auf eine sinnvolle Beschäftigung haben: das ist ein Zeitbombe. Sie zu entschärfen, ist der SP einiges an Energie, Einsatz und Geld wert.

Typisch SP, Liste 1:



Thomas Marthaler, Gemeinderat:

«In Zürich leben immer mehr Menschen am Rand des Existenzminimums. In wirtschaftlich schwachen Zeiten darf bei ihnen nicht gespart werden. Ich setze mich für eine starke Stadt ein, die auch für die Schwachen sorgt.»

Soziale Rechte. Und daraus entstehende Pflichten.

Das Recht auf Ausbildung bzw. eine Lehrstelle:

Nach dem Schulabschluss haben alle ein unverbrüchliches Recht auf eine Ausbildung. Gelingt es den privaten Unternehmen auch mit Unterstützung der Stadt nicht, genügend Ausbildungsangebote zu schaffen, muss die Stadt zusammen mit dem Kanton selber für ausreichend Lehrstellen sorgen. Dabei ist wichtig, dass es auch Ausbildungsmöglichkeiten für Schulschwache gibt. Überdies braucht es Kampagnen, damit Lehrlinge nach Lehrabschluss eine erste Stelle finden.

Das Recht auf Weiter- und Umbildung:

Erwerbslose sollen noch schneller als bisher die Möglichkeit einer gründlichen Weiter- oder Umbildung bekommen. Selbst wenn sich dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht mit Sicherheit erhöhen, wiegt die persönliche Befriedigung viel.

Das Recht auf angemessene Sozialhilfe. Und auf Massnahmen, davon wegzukommen:

Die Sozialhilfe muss etwas mehr als nur das Überleben garantieren und eine minimale Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dabei ist unvermeidlich, dass ihre Höhe die Minimallöhne streift, vor allem bei Familien.

Wer Sozialhilfe bezieht, muss immer wieder eine Chance erhalten, ganz oder teilweise davon wegzukommen. Das Wort Chance beinhaltet durchaus auch eigene Anstrengungen, um dieses Ziel erreichen.

Viele SozialhilfebezügerInnen haben derzeit auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum noch Perspektiven. Darum ist es unerlässlich, dass die Stadt im zweiten Arbeitsmarkt selber Arbeitsangebote schafft und für die sozialen Firmen auch die Verantwortung trägt. Zur Diskussion stehen Tätigkeiten, die in der Schweiz nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind (etwa beim Recycling) oder die eine hohe Ausbildungs-komponente haben (etwa in der Gastronomie). Die Stadt Zürich braucht mindestens 1000 solcher Arbeitsplätze, die weder zu Lohndumping führen noch das Gewerbe konkurrenzieren dürfen, aber gleichzeitig «normalen» Jobs nahe kommen sollen. Bei allseitig gutem Willen kann dieser Spagat jedoch gelingen.

Die Erfolge: Fristenregelung, Mutterschaftsversicherung, registrierte Partnerschaft, Weiterführung der Heroinabgabe, Abwehr der 11. AHV-Revision und der Abschaffung der Beihilfenkürzung, Ausbau von Alterswohnungen, Volksinitiative «Chancen für Kinder» (Ergänzungsleistungen für Familien).

IM BEREICH MIGRATION.

Weniger Emotionalität, mehr Sachlichkeit.

Auf keinem Gebiet der Politik wäre ein bisschen mehr gelassener Pragmatismus gefragt als im Migrations- und Asylbereich. Zumal auf die Schweiz und damit auch auf Zürich derzeit weder eine Einwanderungs- noch eine Fluchtwelle zukommen.

Gelassenheit hat in den letzten vier Jahren der Zürcher Stadtrat demonstriert: zunächst mit seinem Asylmanifest, dann mit dessen Umsetzung und schliesslich bei weiteren Asylkonferenzen der Städte.

Zürich ist international.

Knapp ein Drittel der EinwohnerInnen Zürichs besitzen einen ausländischen Pass - auch wenn zwei Drittel von ihnen mindestens seit 10 Jahren hier leben oder hier zur Welt gekommen sind. Etwa weitere 10 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher sind Eingebürgerte.

Das heisst: Ohne die eingewanderten AusländerInnen verlöre die Stadt rund die Hälfte ihrer EinwohnerInnen. Dass Zürich damit nicht mehr lebensfähig wäre, liegt auf der Hand. Es geht nicht nur darum, dass dann die Strassen nicht mehr geputzt und viele SpitalpatientInnen ungepflegt in den Betten liegen würden. Auch die

ganze Vielfalt der Zürcher Gastronomie ginge ebenso in die Binsen wie grosse Teil der Kultur, der Forschung oder des Fachwissens der Banken. Nur als internationale Stadt hat Zürich eine Zukunft, und zur Internationalität gehört eine internationale Bewohnerschaft, die sich als Kombi-Nation versteht.

Typisch SP, Liste 1:



Lucia Tozzi, Gemeinderatskandidatin:

«Der Zukunft sehe ich zuversichtlich entgegen; ich bin davon überzeugt, dass mit Engagement kleine, aber stetige Veränderungen erreicht werden können. Insbesondere auch im Zusammenleben zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen.»

Probleme nicht verschweigen.

Zur Gelassenheit gehört auch Schwierigkeiten zu akzeptieren: Zürich zieht auch ImigrantInnen an, deren Fähigkeiten derzeit nicht gefragt sind, oft, aber längst nicht immer, sind sie unqualifiziert. Es gehört zu den Aufgaben der SP, mitzuhelfen, dass Menschen, die bei uns keine Arbeit finden und die in ihrem Land nicht verfolgt werden, die Schweiz wieder verlassen. Ohne dass sie dabei wie Verbrecher behandelt werden. Es gehört ebenfalls zu den Aufgaben der SP, mitzuhelfen, dass abgelehnte AsylbewerberInnen mit Höflichkeit und vernünftigen Fristen ausgewiesen werden.

Probleme sind oft auch in den Schulen zu erkennen. Vor allem dort, wo wegen eines hohen Anteils fremdsprachiger Kinder (zumal, wenn diese erst nach dem 7. Altersjahr in die Schweiz kamen) die minimalen Lernziele nicht mehr erreicht werden. Auch aus diesem Grund finden Schulentlassene dann keine Lehrstelle und sind so ihre weiteren Chancen stark beeinträchtigt.

Wenn es am Willen zur Integration mangelt.

Die Mehrheit der SchweizerInnen ist nicht bereit, den AusländerInnen Rechte (etwa ein Stimmrecht) zu geben. Und ein Teil der AusländerInnen legt keinen Wert auf solche Rechte, zieht vor, unter sich zu bleiben und auf die Rückkehr ins Herkunftsland hinzuwirken. Sogar wenn sie wissen, dass ihre Kinder sicher hier bleiben wollen.

Die Erfolge: Beibehaltung der Integrationskurse, Einbürgerungsaktion für junge AusländerInnen der 2. Generation und Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens, Pragmatische Asylpolitik (Asylmanifest), Ausländerbeirat.

Die SP gesteht Menschen ausdrücklich die Freiheit zu, sich nicht zu integrieren. Wer sich allerdings nicht integrieren will, muss bereit sein, allfällige negative Folgen zu tragen. Die Kinder von nicht-integrationswilligen Eltern müssen das Recht haben, wie Schweizer Kinder aufzuwachsen. Und die Eltern müssen entsprechend in die Verantwortung genommen werden können.

Ebenfalls Probleme verursacht die unbestrittene Tatsache, dass Zürich als reiche Stadt (und als Finanzplatz) auch Leute anzieht, die nie daran denken, ihren Lebensunterhalt mit nichtkriminellen Tätigkeiten zu finanzieren.

Typisch SP, Liste 1:



Ali Gencer, Gemeinderatskandidat:

«Ein friedliches Miteinander von SchweizerInnen und AusländerInnen liegt mir sehr am Herzen.

Seit 18 Jahren setze ich mich in der Stadt Zürich dafür ein. Die Schaffung des Ausländerbeirates begrüsse ich sehr. Er vermittelt zwischen den Kulturen. Noch besser ist es, direkt Einfluss nehmen zu können. Deshalb kandidiere ich für den Gemeinderat.»

Die SP-Standpunkte zur Migration im einzelnen.

Integration ist notwendig:

Integration ist für die Stadt als Ganzes unerlässlich. Eine direkte Demokratie funktioniert auf die Dauer nur, wenn sich daran alle festansässigen EinwohnerInnen beteiligen können. Individuell muss Integration freiwillig bleiben. Wer sich an die Gesetze und allgemein geltenden Gepflogenheiten hält, kann sich auch unintegriert in Zürich aufhalten. Mit der Konsequenz, in der Not dann eher allein zu stehen.

Integration mit Nutzen verbinden:

Integration soll sich lohnen: Wer Deutsch lernt und kann, müsste dafür z.B. einen besseren Aufenthaltsstatus bekommen oder an der Förderung von KMUs partizipieren können. Integration auf dem Weg des Gebens und Nehmens setzt erstens voraus, dass die Einbürgerung (oder auch das AusländerInnenstimmrecht) bei erfüllten Bedingungen ein Recht wird. Und zweitens, dass die eigene Muttersprache akzeptiert wird und zumindest jedes Kind Anspruch auf das Erlernen der Muttersprache hat. Zu den Muttersprachen gerechnet wird auch das Schweizerdeutsch, die Unterrichtssprache bleibt Hochdeutsch.

Immigration aus Nicht-EU-Ländern:

Zürich ist auch für Menschen offen, die von ausserhalb der EU kommen. Wer zu legalen Bedingungen Arbeit findet, kann hier bleiben.

Migrantinnen und ihre spezifische Situation:

Migrantinnen sind oft mehrfach diskriminiert, tragen an ihren frauenspezifischen Fluchtgründen besonders schwer und sind zudem oft Opfer von Frauenhandel. Der spezifischen Problematik von Migrantinnen ist deshalb unbedingt besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Rechte der Sanspapiers:

Wer seit mehreren Jahren als Sanspapier in Zürich lebte und sich nur gegen das ANAG verging, hat Anrecht auf eine Amnestie und eine legale Aufenthaltsbewilligung.

Auch Illegale haben minimale Anrechte:

Selbst nach einer Amnestie werden weiterhin Illegale nach Zürich einwandern und etwa in Haushalten Arbeit finden. Da braucht es eine Möglichkeit, sich unter Einhaltung von angepassten Minimallöhnen legal aufzuhalten. Vorausgesetzt, sie wird nicht zur systematischen Schwarzarbeit und zum systematischen Lohndumping ausgenutzt. Wenn dies aber der Fall ist, gehören in erster Linie die ArbeitgeberInnen bestraft.

Rechte für Abgewiesene und Flüchtlinge im Asylverfahren:

Abgewiesene AsylbewerberInnen sollen Sozialhilfe beziehen können und Flüchtlinge im Asylverfahren spätestens nach drei Monaten wenigstens in Einsatzprogrammen arbeiten dürfen.

Rechte für Kinder mit Aufenthaltsbewilligungen N und F:

Schulpflichtige Kinder von Familien, die um Asyl nachsuchen (Aufenthaltsbewilligung N) oder von Familien, die vorläufig aufgenommen wurden (Aufenthaltsbewilligung F), haben das Recht auf Ausbildung und Schulung.

IM BEREICH SCHULE.

Nach den Entscheidungen jetzt die Umsetzung.

Auf keinem Gebiet fielen in den letzten vier Jahren so viele Entscheidungen wie im Schulbereich. In den nächsten vier Jahren geht es nun, ausgenommen die Erprobung der Grundstufe, in erster Linie um die Realisierung der Beschlüsse. Im Vordergrund stehen:

- Die Realisierung der geleiteten Schulen in der ganzen Stadt.
- Die Realisierung des beschlossenen Rechts auf eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Dies geht sinnvollerweise nur in enger Zusammenarbeit mit den Geleiteten Schulen.
- Die vollständige Einführung von Frühenglisch und Computerunterricht.
- Die Renovation weiterer Schulhäuser.
- Die Realisierung der obligatorischen Weiterbildung von LehrerInnen, deren Klassen im Vergleich zu Klassen im gleichen Umfeld schlecht abschneiden. Gerade weil die einzelne Lehrkraft für den Lernerfolg so wichtig ist, darf man knapp genügende LehrerInnen nicht ohne Hilfe lassen. Dies setzt systematische Lernkontrollen in der

Die Erfolge: kantonale Volksschulreform, Neubau und Sanierung von städtischen Schulhäusern, geleitete Schulen, Blockzeiten, Schulsozialarbeit, Einführung von Frühenglisch und Computerunterricht, Anspruch auf ausserfamiliäre Kinderbetreuung.

ganzen Stadt voraus. Zu den Lernerfolgen gehört auch das soziale Verhalten.

■ Als zentrale Neuerung: Die Stadt arbeitet sehr intensiv an der Neuorganisation der Oberstufe mit. Diese muss sich inklusive Langzeitgymnasium in Richtung Gesamtschule entwickeln.

Typisch SP, Liste 1:



Myriam Barzotto, Gemeinderätin:

«Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzung für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Wir wollen eine Volksschule mit modernen Strukturen: Grundstufe und Einrichtungen wie Mittagstisch und Aufgabenbetreuung ermöglichen frühe Integration und individuelle Förderung.»

IM BEREICH VERKEHR.

Die Mobilität nimmt zu.

Die SP der Stadt Zürich geht davon aus, dass die Mobilität weiter wächst. Dies trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei einer guten Raumplanung ein (d.h. Konzentration des Wachstums entlang Achsen des öffentlichen Verkehrs, Verdichtung nach innen, Reduktion von Bauzonen). Die in der Stadt selbst geplanten und politisch bewilligten neuen Bauten zum Wohnen und Arbeiten werden vor allem in den beiden neuen Zentren Zürich-Nord und Zürich-West zu zusätzlichem Verkehr führen. Die SP geht weiterhin davon aus, dass der grösste und auch am schwersten zu steuernde Mobilitätszuwachs vom Freizeitverkehr verursacht wird.

Lebensqualität gezielt fördern, Verkehr umverteilen.

Die SP der Stadt kämpft nicht nur für eine prosperierende Stadt, sondern auch für die Lebensqualität der Bevölkerung. Eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs verschlechtert die bereits kritische Luftqualität in der ganzen Stadt weiter und belästigt die AnwohnerInnen entlang der Hauptstrassen mit noch mehr Lärm. Da gibt es nur einen sinnvollen Ausweg: Der Langsamverkehr und der öffentliche Verkehr müssen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr deutlich an Gewicht gewinnen.

Langsam aber sicher: Mehr Fuss- und Veloverkehr.

In einer Stadt und in Kombination mit dem Öffentlichen Verkehr und der Verdichtung bietet der Langsamverkehr das grösste Potential. Falls er wirklich Priorität erhält, wozu unter anderem folgende Massnahmen notwendig sind:

- Es braucht ein dichtes und durchgängiges Fusswegnetz mit ungefährlichen Strassenquerungen. Fusswege und Trottoirs müssen die FussgängerInnen als direkt, sicher, attraktiv und komfortabel erleben.
- Dem Veloverkehr sind attraktive Verbindungen abseits der Fussverkehrsflächen anzubieten. Die VelofahrerInnen brauchen Routen, die ein zügiges, sicheres, konfliktarmes und legales Vorankommen ermöglichen. Ausserdem sind mehr Veloabstellplätze zu erstellen.
- Trottoirs und Velostreifen sind besser gegen illegales Parkieren zu schützen.

Typisch SP, Liste 1:



Edi Guggenheim, Gemeinderatskandidat:

«Bei allen Ideen und Taten authentisch, ehrlich und unvoreingenommen bleiben und keine Berührungängste haben. Velofahren als Lebensstil. Und: Nur wer die Vergangenheit pflegt, kann die Zukunft gestalten.»

Den Öffentlichen Verkehr zügig ausbauen.

Beim HB braucht es dringend und subito den unterirdischen Durchgangsbahnhof. Nur dann kann es mit dem anstehenden Ausbau der S-Bahn losgehen.

Das bestehende Tram- und Busnetz benötigt weitere Verdichtungen, auch wenn sie an den Knotenpunkten gar nicht so einfach zu realisieren sind. Die vorgesehenen neuen Trams 1 und 18 haben hohe Priorität. Bei allen baulichen Massnahmen ist unbedingt auf deren Behindertengerechtigkeit zu achten.

Für die weitere Zukunft mitentscheidend ist die Förderung des öffentlichen Tangentialverkehrs, der nicht nur Zürich-West und Zürich-Nord direkt und zuverlässig miteinander verbinden soll: Nicht der Bau von weiteren Fahrspuren wird die Autobahnen rund um Zürich entlasten, sondern ein tangentialer Öffentlicher Verkehr, der diesen Namen auch verdient.

Mehr Strassen = mehr Verkehr: Nein zum Stadttunnel.

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen: In Zürich (vor allem in der erweiterten Innenstadt) wird soviel Auto gefahren wie es Strassenfläche und Parkplätze hat. Wer das Ziel verfolgt, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, muss logischerweise den Bau zusätzlicher Strassen und den Ausbau des Parkplatz-

angebots bekämpfen. Darum sagt die SP der Stadt Zürich Nein zum geplanten Stadttunnel. Dieses Nein wird ihr durch das politische Umfeld noch erleichtert: Während das vom Regierungs- und Stadtrat erarbeitete Projekt den Stadttunnel immerhin in ein Gesamtverkehrskonzept einbettet (für das die SP übrigens auch andere Prioritäten setzt), verlangt die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat einfach seinen raschmöglichen Bau. Die Versprechungen von flankierenden Massnahmen werden dann, wie bisher meistens üblich, schlicht vergessen.

Der Stadttunnel böte zwar im Sihlraum die willkommene Möglichkeit einer Stadt-reparatur, aber der Preis dafür wäre wegen des vom Stadttunnel produzierten Mehrverkehrs zu hoch. Wir setzen uns für diese Reparatur ein, aber bitte ohne Mehrverkehr. So wie es mit der Autobahn-Einhausung in Schwamendingen nun vorgemacht wird.

Typisch SP, Liste 1:



Yvonne Müller, Gemeinderätin:

«Ich setze mich für ein gesundes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmenden ein. Fussgängerinnen, Velofahrer, ÖV-Benutzerinnen und auch Autofahrer sollen Raum auf Strassen und Plätzen bekommen, immer mit Rücksicht auf die Schwächeren und die Umwelt.»

Schutzmassnahmen für AnwohnerInnen von Hauptstrassen.

Die meisten Leute, die an Hauptstrassen wohnen, verlangen und benötigen mehr Schutz und Rücksichtnahme. Paradebeispiel dafür ist die Rosengartenstrasse. Sie wird auch für die nächsten 10 Jahre eine Hauptstrasse bleiben. Was aber nicht heisst, dass bis dahin alles so bleiben darf und muss, wie es ist. Die SP schlägt drei Sofortmassnahmen vor:

1. Spätestens nach der Eröffnung der Umfahrung Zürich ein Transitverbot für Lastwagen. (Die strikte Einhaltung der flankierenden Massnahmen nach Inbetriebsetzung des Uetlibergtunnels und damit eine Einschränkung des Transitverkehrs gelten selbstverständlich für die ganze Stadt – etwa die neue Linienführung an der Sihlfeld- und Seebahnstrasse.)
2. Reduktion der Fahrbahnen zugunsten von Busspuren.
3. Fussgängerstreifen mit Lichtsignalen, damit auch die FussgängerInnen die Strassenebene benützen können.

Die Teilung des Strassenraums ist auch für andere Hauptstrassen (wie z.B. die Wehntaler-, Birmensdorfer-, Aemtlern-, Forch- oder Albisriederstrasse) ein zentrales Anliegen der SP-Verkehrspolitik: Strassen sind für alle da, kein Verkehrsteilnehmer

kann sie für sich allein beanspruchen. Ohne Erbsen zählen zu wollen: Die Teilung des Strassenraums wird nur gelingen, wenn die Anzahl der Parkplätze, und zwar der öffentlichen wie der privaten, nicht zunimmt. Die Voraussetzungen für eine weitergehende Teilung der Strassen (auch der 60 Kilometer Hauptstrassen in Stadtkompetenz) sind mit der Annahme des Verkehrsplanes gegeben. Nun geht es um die rasche Realisierung weiterer Begegnungszonen in den Quartierzentren, aber auch um die bessere Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum.

Zum Schluss und zur Erinnerung: Das autoarme Limmatquai und fast noch mehr der autofreie Münsterhof waren schöne politische Erfolge. Jetzt müssen sie nur noch in die Realität umgesetzt werden!

Die Erfolge: Glattalbahn, Abwehr der eidgenössischen Avanti-Initiative, kommunaler Verkehrsplan, autoarmes Limmatquai, Opernhausparking/autofreier Münsterhof, Förderung des Langsamverkehrs und neuer Velowege, Aufwertung der Quartierzentren (z.B. Umgestaltung Morgental), Einhausung Schwamendingen.